

**Hauke Brunkhorst**

# Legitimationskrisen

Verfassungsprobleme der  
Weltgesellschaft



**Nomos**

Schriftenreihe „Studien zur Politischen Soziologie“  
The series „Studies on Political Sociology“

herausgegeben von  
is edited by

Prof. Dr. Andrew Arato,  
The New School for Social Research, New York  
Prof. Dr. Hauke Brunkhorst, Universität Flensburg  
Prof. Dr. Regina Kreide,  
Justus Liebig Universität Gießen

Band 18

#### **Wissenschaftlicher Beirat**

Amy Allen (Dartmouth College, USA)  
Gurminder K. Bhambra (University of Warwick, GB)  
Craig Calhoun (Social Science Research Council an der New  
York University, USA)  
Sergio Costa (Freie Universität Berlin)  
Robert Fine (University of Warwick, GB)  
Gerd Grözinger (Universität Flensburg)  
Christian Joerges (Universität Bremen)  
Ina Kerner (Humboldt-Universität Berlin)  
Christoph Möllers (Humboldt-Universität Berlin)  
Patrizia Nanz (Universität Bremen)  
Marcelo Neves (Universität Brasilia, Brasilien)  
Uta Ruppert (Goethe-Universität Frankfurt am Main)  
Rainer Schmalz-Bruns (Leibniz Universität Hannover)

Hauke Brunkhorst

# Legitimationskrisen

Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft



**Nomos**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7669-9

1. Auflage 2012

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

Vorwort	7
<i>Krise</i>	
1. Wiederkehr der Krise Revisionen des marxistischen Theorieprogramms	21
<i>Evolution</i>	
2. ‚Machbarkeitsillusionen‘, ‚feierliche Erklärungen‘ und ‚Gesänge‘ Evolution und Revolution	47
3. Globalisierung der Politik Evolution und Geschichte in der Weltgesellschaft	63
<i>Weltrechtszustände</i>	
4. Der lange Schatten des Staatswillenspositivismus	97
5. Verfallsgeschichten Eine Sammelrezension	117
6. Verfassung ohne Staat?	137
7. Weltstaat	165
8. Legitimationskrise der Weltgesellschaft	173
<i>Recht und Revolution</i>	
9. Die globale Rechtsrevolution Von der Evolution der Verfassungsrevolution zur Revolution der Verfassungsevolution?	229
10. <i>There Will Be Blood</i> Konstitutionalisierung ohne Demokratie?	253
11. Hans Kelsen und die Völkerrechtsrevolution des 20. Jahrhunderts	277
<i>Europa: Vom kollektiven Bonapartismus zur demokratischen Neugründung?</i>	
12. Demokratie ohne Staat?	307
13. Legitimationskrise der Europäischen Union	323
14. Unbezähmbare Öffentlichkeit	341
15. Die Zukunft der Europäischen Verfassung Eine Polemik	361

16. Mythos des existentiellen Staats	
Eine Replik	369
<i>Ergänzende Notiz zum Lissabon-Urteil</i>	379
17. Solidarität in der Krise: Ist Europa am Ende?	387
Nachweise	417
Literatur	419
Namensregister	451
Sachregister	466

## Vorwort

Die hier erstmals zusammenhängend publizierten Texte sind zwischen 2002 und 2011 entstanden und an verschiedenen Orten, zumeist in Fachzeitschriften wie dem *Leviathan*, der *Zeitschrift für Soziologie*, der *Sozialen Welt*, der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* oder zuerst auf Englisch in Zeitschriften wie *Constellations* und andernorts erschienen, andere wurden in Festschriften (für Gunther Teubner und Friedrich Müller), Sammelbänden und Lexika publiziert. Für diesen Band geschrieben wurde neben der Einleitung der Text zur „Wiederkehr der Krise“ (1. Kapitel) und die „Ergänzende Notiz zum Lissabon-Urteil“ (des Bundesverfassungsgerichts) im Anschluss an das 16. Kapitel. Das letzte, 17. Kapitel zum Schicksal Europas in der gegenwärtigen Krise, die uns derzeit fast täglich mit einer neuen Weltlage konfrontiert, wurde noch einmal stark überarbeitet.

Durchgängiges Thema des Buches ist die Transformation der Demokratie in der Weltgesellschaft. Das legt die Frage nahe, ob die *Transformation* der Demokratie sich überhaupt noch als *demokratische* Transformation vollziehen kann oder ob mit dem Eintritt in das Zeitalter einer einzigen, überall unausweichlich modernen Weltgesellschaft dasjenige der modernen Demokratie zu Ende geht (10. Kapitel).

Was sich nämlich in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ein weiteres Mal bestätigt, ist, dass die Blühträume von 1989, Kapitalismus und Demokratie würden harmonieren und sich wechselseitig stützen, die noch nie und nirgends zutrafen, auch diesmal zusammen mit den Immobilienblasen geplatzt sind. Das Gegenteil ist richtig. Nicht nur die chinesische jüngste Geschichte zeigt, wie gut Kapitalismus und Diktatur harmonieren. Auch der Chicagoer Neoliberalismus, der das Pinochet-Regime in Chile und die Militärdiktatur in Argentinien ganz offen unterstützt und Chile zum Musterland der neuen ökonomischen Politik des Kapitals gemacht hatte, hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass der von ihm favorisierte, wettbewerbsarme Kapitalismus der globalen Konzerne das Privateigentum der Aktionäre lieber dem Schutz des undemokratischen als dem des demokratischen Staats anvertraut. Wenn schon Demokratie, dann nur als *low intense democracy* (Susan Marks).

Trotz der großen ökonomischen Krise, die seit 2008 die Welt erschüttert, ist der Neoliberalismus *politisch* erstaunlich erfolgreich. Die neokonservativen Regierungen, an der Spitze Ronald Reagan und Margaret Thatcher, haben in den 1980er Jahren eine staatsfeindliche Politik fast weltweit durchgesetzt, globale Institutionen und einen Weltmarkt geschaffen, der ganz auf das dann auch erfolgreiche, explosive Wachstum der Aktionärsgewinne zugeschnitten war. Gleichzei-

tig hat die neoliberale Episteme über Jahrzehnte die Köpfe kolonialisiert. Keine Talkshow ohne Banker oder braungebrannten Jungunternehmer. Die bei der Deutschen Bank angestellten Wirtschaftswissenschaftler wurden zu den meistgefragten Experten, wenn es galt, eine unabhängige Meinung in den großen Nachrichtensendungen des Fernsehens einzuholen. Kein Wunder, dass noch der letzte sozialdemokratische Staatssekretär des letzten sozialdemokratischen Wissenschaftsministeriums der Universität mit *workloads* und Qualitätskontrollen zu Leibe rückt und gleichberechtigte „Kommilitonen“ mit einem Federstrich in „Kunden“ verwandelt, die der Organisation, durch deren „Warenangebot“ sie surfen, zumindest semantisch nicht mehr angehören. Den wenigen großen, global operierenden Banken und Konzernen ist in den letzten dreißig Jahren eine historisch beispiellose Macht zugewachsen, die zusammen mit der neoliberalen Episteme und den Aktionärgewinnen die Krise weit besser überstanden hat als die überschuldeten Konsumenten und Kleinrentner oder die Staatenwelt, die die Zeche am Ende bezahlen musste. Colin Crouch vermutet, wohl zu Recht, dass sich das erstaunliche politische Überleben des Neoliberalismus, der durch die Krise so gründlich widerlegt wurde wie selten eine Theorie, sich wahrscheinlich ganz einfach aus den Machtverhältnissen erklärt, die sich in den dreißig Jahren grundlegend zugunsten der Aktionäre, des globalen Kapitals und der transnational vernetzten, weitgehend neokonservativen Exekutiven verändert haben. Am Ende kommt auch eine Politik, die es auf Alternativen abgesehen hat, aus dem machtgestützten Regelwerk und Institutionengefüge des globalen Turbokapitalismus nicht mehr heraus und wird bei Strafe ihres Untergangs zur Konformität gezwungen. Wie sonst hätte sich, mitten in der bedrohlichen Phase weltweiter Stagnation, eine an Brüning erinnernde Austeritätspolitik durchsetzen können?

In dem Buch geht es auch um die heute offene Frage, ob die Demokratie tatsächlich, wie Talcott Parsons, der bedeutendste Soziologe des 20. Jahrhunderts, noch hoffnungsvoll glaubte, als evolutionäre Universalie so unverzichtbar geworden sei wie die evolutionären Errungenschaften des Auges oder des Gehirns im organischen Tierreich, der Sprache, der Verwandtschaft, der Technologie, der Schrift, der Bürokratie oder des positiven Rechts im gesellschaftlichen Tierreich.

Das legt eine evolutionstheoretische Perspektive nahe (s. insbes. 1., 2. und 17. Kapitel). Sie schließt ebenso an die funktionalistische Soziologie an wie an Marx (1. Kapitel). Dessen Aktualität sehe ich vor allem in den *evolutionstheoretischen Grundannahmen*, dass alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist; dass es nur eine Wissenschaft gibt, die Wissenschaft von der Geschichte; dass die Bedingungen der Möglichkeit einer Theorie der Gesellschaft (und jeder Erkenntnis) ausschließlich gesellschaftliche Bedingungen sind. Die Universalität von Evolution und Geschichte gehört heute ebenso zum gesicherten Bestand der Wissenschaft wie die vollständige Reflexivität von Theorien, die selbst soziale



Praxis (Diskurs) und als solche Evolution sind, die Evolution beobachtet, beschreibt, erklärt, beeinflusst und durch Intervention zu verändern sucht.

Die „Gesellschaft“ ist für Marx „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“.<sup>1</sup> Er wird von der Kraft des Negativen, des Widerspruchs, der Antinomie, der kommunikativen Negation angetrieben. Zentral ist dabei die Rolle von Konflikten, die den Variationspool der Evolution überhaupt erst mit ausreichender Abweichung von der Norm versorgen, ohne die es gar nicht erst zum *take-off* der sozialen Evolution und ihrer Abkopplung von der organischen hätte kommen können.

Die Evolution funktionaler Differenzierung bleibt jedoch, und das trennt den Marxismus und die älteren und jüngeren Frankfurter Schulen von der Systemtheorie, *intern* und in einer abgründig *negativen Dialektik* mit den strukturellen Konflikten sozialer Klassen und Gruppen verbunden. Im Prozeß ihrer *funktionalen* Differenzierung wird die Gesellschaft von *sozialen* Widersprüchen und Klassegegensätzen zerrissen. Sie sind, im Guten wie im Bösen, die Triebkraft des evolutionären ebenso wie des revolutionären Wandels (1.–3. Kapitel, 11. und 17. Kapitel).

Kämpfende Klassen werden von ihrem geschichtlichen „sense of injustice“ (Barrington Moore) angetrieben, widersprechen einander (im ursprünglich dialogischen Sinn) und stoßen durch solchen Widerspruch normative Lernprozesse mit bisweilen glücklichem, meist aber tödlichem Ausgang an.<sup>2</sup> Lernprozesse, so heißt es in der Vorrede zur *Phänomenologie des Geistes*, gleich nachdem Hegel die Französische Revolution als „qualitativen Sprung“ „zu einer neuen Periode“ der Geschichte gefeiert hatte, sind „der Ernst, der Schmerz, die Geduld und die Arbeit des Negativen“.<sup>3</sup> Zu ihr gibt es in der sozialen Evolution keine Alternative: „Gesellschaften können nicht nicht lernen“ (Habermas).

Durch geschichtliche Lernprozesse wird nicht nur die agonale Struktur des Politischen (Mouffe) mit dem „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“ (Hegel) vermittelt, sondern der blinden und unkontrollierbaren Evolution auch ein neuer Möglichkeitshorizont erschlossen, eine bestimmte Richtung vorgegeben und eine andere verschlossen. Solcherart (selbstverständlich reversible) Richtungsvorgaben darf man nicht mit einem Telos, dem Endzweck oder der alles steuernden Zweckursache der Geschichte verwechseln. Es gibt sie ebenso in der biologischen wie in der sozialen Evolution.

Einen neuen Entwicklungspfad zu erschließen, ist, so die Haupthese des Buches, nun aber in der *sozialen* Evolution die Leistung der großen Rechtsrevoluti-

1 Marx, Das Kapital, Bd. 1, 16.

2 Moore, Injustice, 47.

3 Hegel, Phänomenologie des Geistes, 15 f., 20.

onen. Alle großen Revolutionen sind Rechts- und Verfassungsrevolutionen. Ihre evolutionäre Rolle besteht *nicht*, wie Marx, die Leninisten und alle Funktionalisten glaubten, in der bloßen Verbesserung der Anpassungskapazität der Gesellschaft an ihre Umwelt. Dazu haben sie im sich überstürzenden Umwälzungsprozess der ganzen Gesellschaft gar keine Zeit. Ihre Sache ist nicht die adaptive Verbesserung der Selbsterhaltung der Gesellschaft, sondern erblindeter Selbsterhaltung *normative Grenzen* zu ziehen. Statt durch die Revolution entfesselt zu werden, unterwirft die erfolgreiche Revolution das naturwüchsige Wachstum der Produktivkräfte normativen Restriktionen.

So hat der demokratisch bestimmte Parlamentarismus, der aus den Verfassungsrevolutionen des 18. Jahrhunderts hervorgegangen ist, es den darum kämpfenden Klassen und Gruppen ermöglicht, die Entfesselung der Produktivkräfte durch Sklaverei zu verbieten, den Arbeitstag zu verkürzen, Gewerkschaften zuzulassen oder das Wahlrecht auszuweiten – alles normative Hindernisse auf dem Weg zur schrankenlosen Entfesselung der Produktivkräfte durch kapitalistisches Wachstum. Die normativen Schranken wurden dann freilich außerhalb des nationalen Staats, in den Sklavenplantagen der kolonialen Welt, durch normativ entgrenzten Imperialismus substituiert. Die mit dem modernen Rechts- und Verfassungsstaat gleichursprüngliche Erfahrung imperialer Herrschaft hat die faschistische Internalisierung des Imperialismus in den europäischen Nationalstaat, wenn nicht (wie Hannah Arendt annahm) überhaupt erst ermöglicht, so doch, als Laboratorium von Sklaverei und Ausrottung, Rassismus und Vernichtungskrieg nicht unwesentlich motiviert. Auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung hat sich der moderne Kapitalismus ein weiteres Mal von den normativen Beschränkungen egalitärer Verfassungen emanzipiert.

Die normativen Beschränkungen blinder Evolution lassen sich aber nicht gänzlich beseitigen. Jedenfalls fehlt es bislang an empirischen Beispielen. Erfolgreiche Lernprozesse haben einen, so scheint es, irreversiblen Charakter. Das schließt Verlernprozesse und kollektive Regressionen, die die Welt in einen Zustand „nach Weltuntergang“ (Adorno) versetzen, nicht aus, auch nicht, dass sich die Errungenschaften selbst in Medien neuer und effektiverer Herrschaft verwandeln.

Statt die Anpassung zu verbessern, das Wachstum der Produktivkräfte zu steigern und die soziale Arbeitsteilung um jeden Preis zu optimieren, ziehen die großen und erfolgreichen Revolutionen *beliebiger* Anpassungsbereitschaft aber auch dann *normativ wirksame Grenzen*, wenn die Führer der Revolutionen ihre Ziele verraten, wenn die Sieger der Geschichte die Errungenschaften der Revolution mit Füßen treten und ihren eigenen partikularen Klasseninteressen akkommodieren, wenn die Herrschaft des evolutionären Zufalls vom Pfad revolutionärer Tugend abweicht.

Auch in der Evolution des *organischen* Lebens gibt es interne und externe

*constraints* von Anpassung und Selektion, aber keine *normativen constraints*.<sup>4</sup> Sie verbinden die großen Revolutionen – Kant zufolge faktische Ereignisse, die niemand normativ rechtfertigen kann – mit der Entwicklungsgeschichte der Vernunft. Herbert Marcuse war wohl der erste, der (in seinem zweiten, 1941 in Amerika erschienenen Hegelbuch) erkannt hat, dass die Einheit von Vernunft und Revolution in der negativen Normativität des Geschichtsprozesses besteht. Evolutionstheoretisch reformuliert könnte man den Grundgedanken seiner Hegelinterpretation auf die Formel bringen: Die Revolution bringt die Vernunft in der Evolution *als* Evolution, die Evolution *normativ beschränkt* (Negation), zur Geltung (1.–3. Kapitel, s. a. 17. Kapitel).

Zumindest die großen Rechtsrevolutionen der Geschichte stellen normative Lernprozesse dar, die derartige Beschränkungen hervorbringen und Fortschritte im Bewusstsein der Freiheit darstellen. Der Lernprozess, der schließlich zur demokratischen Verfassung geführt hat, ist ein Lernprozess, der sich in Begriffen *wachsender Inklusion und Gleichheit* messen lässt. In ihm spiegelt sich das Hegelsche Schema eines zu allererst *quantitativ* zu verstehenden Fortschritts im Bewusstsein der Freiheit. Der Fortschritt ist quantitativ, verläuft er doch nach dem Muster: erst sei einer, dann einige, schließlich alle.

So war, folgt man der groben, aber nicht unplausiblen Dreiteilung Robert Dahls zur Entwicklungsgeschichte (nicht: Evolution) der Demokratie, die erste, *direkt demokratische Transformation* des antiken Stadtstaats in ihrem Innern noch ganz und gar von der unverrückbar vorgegebenen, alles durchdringenden Ungleichheit, Distinktion und Differenz der antiken Klassengesellschaft geprägt. Dementsprechend erschien die antike Demokratie nach außen als vereinzelte Partikularität, die gegen die Andern noch nicht einmal einen Anspruch auf Allgemeinheit geltend machen konnte, keinen Anreiz zur Kopie bieten und deshalb – wie Nietzsche richtig gesehen hat – noch ohne das lästige Schuldgefühl imperialistisch war und von der Sklavenjagd lebte.

Erst die zweite, *parlamentarisch demokratische Transformation* der im Kern bereits funktional gegliederten und in den *nationalen Staat* fest eingebundenen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts hat den *egalitären Anspruch* der Demokratie nach innen und nach außen universalisiert: Dass alle Menschen frei und gleich sein sollen, wird jetzt im Innern des jeweiligen, noch mit dem Begriff der Gesellschaft identifizierten Staats zur Verfassungsnorm. Dem entspricht im Außenverhältnis das „unendliche Selbstgefühl“ der Protagonisten des demokratischen Fortschritts, „an der Spitze der Schöpfung zu stehen“.<sup>5</sup>

4 Vgl. Gould, *Morphological Challenging by Structural Constraint*, 191; ders., *Punctuated Equilibrium in Fact and Theory*, 124; ders., *The Structure of Evolutionary Theory*, 290, 753, 884 f.

5 Marx, Der leitende Artikel in Nr. 179 der „Kölnischen Zeitung“, 104.

Konsequent wird erstmals der universelle Anspruch *aller* Völker auf egalitäre Selbstbestimmung in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung erhoben und im Art. 16 der französischen Rechteerklärung vom August 1789 ausnahmslos jede undemokratische Staatverfassung, in „der die Verbürgung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist“, für null und nichtig erklärt. Aber dieser Anspruch blieb bis weit ins 20. Jahrhundert an die Gesellschaftsformation der männlich dominierten, bürgerlichen Klassengesellschaft gebunden und damit faktisch auf die herrschende Klasse, den nationalen Staat und das zunächst nur langsam wachsende, kleine, aber reiche und mächtige System solcher Staaten beschränkt. Für die von solchem Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit ausgeschlossenen blieb nur ein „leeres Sollen“ (Hegel).

Freilich war es eines, das schon in den Status einer Rechtsnorm erhoben war und von den jeweils Ausgeschlossenen gegen den Verrat der Revolution durch das bestehende Recht *als Recht* geltend gemacht werden konnte. Zuletzt in Teheran, als der fundamentalistische Präsident die ohnehin schon stark eingeschränkte demokratische Wahl massiv manipulierte und die Straßen Teherans sich über Wochen und trotz massiver Repression mit denen füllten, die solchen Rechts- und Verfassungsbruch nicht hinnehmen wollten. Die Sklaven Haitis waren die ersten, die erkannt hatten, das Rechteklärungen und Verfassungstexte, wie Kant einige Jahre später schrieb, *Recht* und nicht bloß Menschenliebe zum Ausdruck bringen. Sie haben schon 1791 die Menschenrechte gegen die Herrschaft der Franzosen eingeklagt, die erste antiimperialistische Revolution der Geschichte zum Sieg geführt, die Sklaverei abschafft und den Rassismus illegalisiert. Natürlich ließ sich das nicht geheim halten. Die Nachricht vom Sieg verbreitete sich rasch auf den Sklavenplantagen des Kontinents. Schon wenige Jahre später wurde die französische Rechteklärung klandestin unter den Sklaven Louisianas verbreitet, und 1811 kam es dann zum größten Sklavenaufstand der amerikanischen Geschichte.<sup>6</sup> Es wäre es blinder Idealismus, zu behaupten, der Text hätte den Aufstand ausgelöst, aber er dürfte doch zu seiner Richtung, Form und Entschlossenheit beigetragen haben.

Die Sklaven Louisianas haben die Schlacht verloren. Aber nach vielen verlorenen Schlachten dieser Art wurde das nach außen (kolonialisierte Völker) und unten (Proletariat), auch für Frauen und Farbige lange Zeit leer gebliebene Versprechen der revolutionären Verfassungstexte zur immer noch höchst fragilen, aber gleichwohl schon „existierenden Wirklichkeit“ (Hegel) der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. In einer dritten, *universellen demokratischen Transformation* ist die singuläre, überall moderne, funktional und normativ integrierte Weltgesellschaft, in der wir heute leben, entstanden. Es waren die bisher schrecklich-

6 Rasmussen, American Uprising.

sten Revolutionen und Kriege der Geschichte, die sie zwischen 1917 und 1946 hervorgebracht hat. In ihnen wurde nicht nur um nationale und Klasseninteressen, sondern auch um eine neue und universelle Gestalt der Demokratie gekämpft. Im wiederholten und gewaltsamen Umschlag von Revolution und Evolution ist im „kurzen 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm) zwischen 1917 und 1990 der Rechtsanspruch auf „Exklusion von Ungleichheit“ (Stichweh), der bis dahin auf den kolonialistischen Nationalstaat des Westens beschränkt war, *auf die gesamte Erde ausgedehnt* worden (11. Kapitel).

Inder und Vietnamesen haben damals, am Ende des Ersten Weltkriegs, alle ihre Hoffnungen auf nationale Befreiung von kolonialer Herrschaft an Wilsons 14 Punkte geklammert. Der junge Ho Chi Minh war 1918 mit einer Delegation nach Paris geeilt, um an den Versailler Verhandlungen teilzunehmen. Er wurde bitter enttäuscht und machte auf dem Rückweg in Moskau Station, wo er erfolgreicher war. Chinesen und Koreaner haben damals den Aufstand gewagt und sich von wilden Gerüchten fortreißen lassen, der amerikanische Präsident, ein früherer Che Guevara im Straßenanzug, Kants Schrift über den Ewigen Frieden in der Tasche, sei im Flugzeug unterwegs, um die kolonisierten Völker zu befreien. Das Veto aus Paris und London kam prompt, und die verzweifelten Insurrektionen wurden wie so oft im Blut der Insurgenten ertränkt.

Aber weder die Evolution noch die Revolution ließen sich dadurch aufhalten (1.–3., 9.–11., 17. Kapitel). Sie haben im Verlauf des 20. Jahrhundert mit vielen guten und schlechten, glücklichen und unglücklichen, erfolgreichen und gescheiterten Formen demokratischer Erneuerung experimentiert, vom Sozialismus der autoritären Volksrepubliken bis zum liberalen Sozialstaat, von der präsidentiellen Massendemokratie bis zum meist rasch zerfallenden Räte-System, von der subnationalen Autonomiebewegung bis zur UN-Vollversammlung, die unter dem Trommeln von Chruschtschows Schuh zumindest zeitweise zum globalen Forum des demokratischen Diskurses mutierte.

Bis heute ist der, seit fast 100 Jahren global ausgreifende, demokratische Experimentalismus nicht zur Ruhe gekommen. Er hat von Indien bis zur EU völlig neue und verschiedenartige Formen kontinentaler Regimes hervorgebracht, die volksdemokratische Verfassung Chinas geschaffen und die chinesischen Dissidenten, die sich auf die Volkssouveränität und die Freiheitsrechte ihres Verfassungstextes berufen, nicht verstummen lassen. Er hat die kommunikative Macht bewegter Massen auf den Straßen Teherans versammelt und Ende der 1970er Jahre das Schah-Regime zu Fall gebracht und dasselbe eine Dekade später auf den Straßen Leipzigs, Danzigs, Moskaus wiederholt und das gewaltige Sowjetreich, eines der größten, wenn nicht das größte Imperium der Weltgeschichte über Nacht zusammenstürzen lassen. Er hat auf einen Schlag – die Revolution kommt immer unerwartet – die gesamte Arabische Welt 2011 in Aufruhr versetzt und eine blutige Militärdiktatur nach der andern zum Rücktritt genötigt. Er hat

immer wieder neue Formen des Massenprotests, der nationalen und transnationalen Vernetzung sozialer Bewegungen und der bürgerschaftlichen Partizipation geschaffen. Er hat den Hippies 1968 den Satz in den Mund gelegt: „Wir pfeifen auf die großen Theorien über den Kommunismus, wir versuchen es einfach mal.“<sup>7</sup>

Ob es dem Geist des demokratischen Experimentalismus, ohne den die Demokratie verschwinden müsste, am Ende dieser Epoche gelingt, die alten Formen direkter und repräsentativer Demokratie, die an Stadt und Staat gebunden waren, aufzuheben und zu einer neuen Form universeller Demokratie zu erweitern, zu verschmelzen und umzuformen, ist eine offene Frage. Sie zu beantworten, unmöglich.

Möglich aber ist, etwas über die *gesellschaftlichen Bedingungen* zu sagen, die eine universelle Transformation der Demokratie befördern oder verhindern könnten. Dazu einen Beitrag zu leisten, ist das Ziel der in diesem Band versammelten Texte.

Nachdem der kapitalistische Markt sich in den vergangenen drei Jahrzehnten aus seiner sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Verankerung losgerissen und globalisiert hat, ist er nicht mehr imstande, die eigene, zumeist im transnationalen Verbund agierende Exekutive und das grenzenlos vernetzte Kapital dem gesetzlichen Zwang zu unterwerfen, der zu ihrer Unterwerfung unter das allgemeine Interesse erforderlich wäre. Die alte Methode, mit der Roosevelt und die europäischen Keynesianer, auch noch die sehr viel gemäßigteren, um nicht zu sagen konterrevolutionären Ordoliberalen der Nachkriegszeit so erfolgreich waren, nämlich das Kapital mit Zuckerbrot und Peitsche, mit finanziellen Anreizen und normativer Regulierung, mit Investitionsspritzen, Umverteilung und Enteignung zu nötigen, um die negativen Externalitäten des Marktes wenigstens halbwegs zu kompensieren und wenigstens in den Grenzen des Nationalstaats die Exklusion von Ungleichheit zu gewährleisten, versagt im Zeitalter des global entgrenzten Kapitalismus (10. Kapitel).

Der Nationalstaat stößt heute überall an die faktischen *und* normativen Grenzen seiner Solidaritätsressourcen. Die Bereitschaft, das schreiende Unrecht globaler Asymmetrien klaglos als unabänderliches Schicksal hinzunehmen, sinkt proportional zur Entstehung, Verdichtung und sozialen Entdifferenzierung des Massenpublikums einer wie immer schwachen Weltöffentlichkeit.<sup>8</sup> Die europäischen, stummen Protestbewegungen, Aufstände und *riots* dieses Jahres indizieren, dass sich die Responsivität des nationalstaatlichen Systems der Demokratie erschöpft zu haben scheint.

Eine auf Gedeih und Verderb an den Staat gekoppelte Verfassung der Demo-

7 Vgl. Mark Kitchells Dokumentarfilm *Berkeley in the Sixties*, USA 1990.

8 Vgl. auch Holmes, Demokratische Kausalität.

kratie kann die Globalisierung des kapitalistischen Systems und aller wichtigen Funktionssysteme einschließlich des Militärs kaum überleben. Sie muss sich schon heute den Imperativen der Macht und des Geldes, denen die Demokratie egal ist, mehr oder minder bedingungslos beugen (10. und 17. Kapitel). Der Weg zurück in den vermeintlich souveränen Nationalstaat – er war es in Wahrheit nie (4. und 16. Kapitel) – ist schon deshalb versperrt, weil die parlamentarische Demokratie sowohl durch die innere Entwicklungsdynamik des Nationalstaats wie durch die neuen Mächte der Globalisierung unter Druck gerät und zunehmend marginalisiert wird. Die Emanzipation der Exekutivmächte von Rechtsstaat und Demokratie ist älter als die letzte große Welle der Globalisierung (4. Kapitel), die eine funktional und normativ integrierte Weltgesellschaft, in der es keine vormodernen Regionen, Segmente, Peripherien, Klassen und Gruppen mehr gibt, hervorgebracht hat (8. und 10. Kapitel).

Bei der „Fragmentierung der Volkssouveränität“ (Thore Prien) greifen nationale, trans- und supranationale Entwicklungsprozesse ineinander.<sup>9</sup> Die bloße Verteidigung der historischen Errungenschaften des Nationalstaats ist keine aussichtsreiche Alternative zu einem Experimentalismus, der immer wieder auf *Gesellschaftsveränderung* drängt. Die Demokratie, das wussten schon Jefferson, Fröbel und Marx, macht die Revolution permanent.

Die Frage, die sich als roter Faden durch die folgenden Kapitel zieht, ist deshalb, ob und wie sich die faktisch längst *naturwüchsig* (als Evolution) vollzogene und sich weiter verstetigende und vertiefende Organisation, Teilung und Gliederung der Gewalten *in*, *zwischen* und *über* den Staatsvölkern *demokratisch legitimieren* lässt (6.–8., 9.–11., 12.–15., 17. Kapitel). Die sich naturwüchsig durchdringende Organisation der nationalen, transnationalen und supranationalen, der öffentlichen und privaten Gewalten ist heute – allen Ansprüchen und Rechtstexten zum Trotz – kaum noch demokratisch. Demokratie ist deshalb schon lange nicht mehr, wenn sie es (außer bei Rechtshegelianern und Neokonservativen) je war, nur die Verteidigung von Errungenschaften, sondern hat erneut einen utopischen Charakter angenommen.

Waren die Legitimationsprobleme der 1960er und 1970er Jahre noch in den Wohlfahrtsstaat eingebettet, so sind sie heute zur *Legitimationskrise* in einer Weltgesellschaft geworden, die der Staat allein nicht mehr kontrollieren kann, weder in Deutschland noch in den USA, weder in China noch in Russland (8., 10., 13. Kapitel). Er hat zunehmend seine Fähigkeit, das Kapital mit alternativen Optionen zu konfrontieren und ihm so seinen Willen wenigstens ein Stück weit aufzuzwingen, verloren. Das macht ihn, wenn es zur Krise kommt, erpressbar (17. Kapitel). Die *ökonomische Systemkrise* wird dann aber im Nu zur *Legitimations-*

9 Prien, Fragmentierte Volkssouveränität.

*krise* der Weltgesellschaft, die das ganze System der nationalstaatlichen Demokratie in ihren Strudel reißen und vernichten könnte (8. und 10. Kapitel).

Spätestens die Eurokrise zeigt, dass die *Problemlösungskapazität der national organisierten Demokratie* hoffnungslos überfordert ist, und wo die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der Politik im transnational koordinierten Handeln von Exekutivkörperschaften, Zentralbanken, Fachministern und Regierungsspitzen wenigstens punktuell erhöht wird, *verliert sie zunehmend die Deckung demokratischer Legitimation*.<sup>10</sup>

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre eine konsequente Europäisierung und Globalisierung der Demokratie, aber ob die einzigen Akteure, die das *machen* könnten, die demokratischen Nationalstaaten selbst, dazu noch imstande sind, ist wenig wahrscheinlich, wenn auch nicht ausgeschlossen. Eine Alternative scheinen sie nicht mehr zu haben (10. und 17. Kapitel).

Zum Schluss der Einleitung noch eine kurze Übersicht über den Aufbau und Inhalt des Bandes:

Im 1. Kapitel skizziere ich den gesellschaftstheoretischen Rahmen der nachfolgenden Aufsätze. Ich gehe dabei von Marx aus, generalisiere die Analyse dann aber über die sozial widersprüchliche Ausdifferenzierung der Wirtschaft hinaus auf das ganze Spektrum funktionaler Differenzierung. Das 2. und 3. Kapitel erörtert die evolutionstheoretischen Grundlagen. Im 2. Kapitel geht es um das für mich zentrale Verhältnis von Evolution und Revolution und, im 3. Kapitel um das in den 1970er Jahren viel diskutierte Thema Evolution und Geschichte.

Im 4. bis 11. Kapitel stehen dann die Folgen der Ablösung der Verfassung vom Staat im Vordergrund. Das 4. Kapitel kritisiert die immer noch das deutsche Staatsrecht beherrschende Ideologie des souveränen Nationalstaats (s. nur zuletzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009 zum Lissabon-Vertrag, dazu: *Ergänzende Notiz* zum 16. Kapitel). Das 5. verteidigt die Idee des Fortschritts gegen die mit der postmodernen Skepsis gleichursprüngliche Wiederkehr der großen Verfallsgeschichten. Das 6. bis 10. Kapitel behandelt das zentrale Thema des Buches: die Ablösung der Verfassung vom Staat, und die damit eng zusammenhängende Rolle der Rechtsrevolution in der sozialen Evolution des 20. Jahrhunderts (8. und 11. Kapitel). Beides wird im letzten Teil in Fallstudien zur Europäischen Union (12. bis 17. Kapitel) näher untersucht und weiter spezifiziert.

Ich habe die veröffentlichten Texte noch einmal durchgesehen, einige Kleinigkeiten geändert, den letzten Text stark überarbeitet, Verweise zwischen den Kapiteln ergänzt und offensichtliche Fehler in der Sache korrigiert. An den jeweils zentralen Thesen haben die insgesamt marginalen Eingriffe nichts geändert.

10 Vgl. jetzt auch Kreide, *Die verdrängte Demokratie*. Ferner Eriksen, *The Unfinished Democratization of Europe*.



Im Lauf der Jahre hat sich meine Einschätzung zwar in einer Reihe von wichtigen Punkten, nirgends aber im Grundsatz geändert. Das spiegelt sich in den hier zusammengestellten Aufsätzen. Ich habe sie zu Kapiteln geordnet und in eine systematische Reihenfolge gebracht, aber nicht versucht, Unterschiede, Inkongruenzen und gelegentlichen Widersprüche zu glätten. Redundanzen sind vorhanden, aber erwünscht, um die verschiedenen Argumentationsstränge zusammenzuführen und zu vereinheitlichen. In der Sache kommt man ohnehin immer nur weiter, indem man Altes solange varriert bis, wenn man großes Glück hat, etwas Neues herauspringt.

Auch die Einschätzung und Klassifikation historischer und evolutionärer Entwicklungen hat sich im Lauf der Jahre geändert. So gehe ich zunächst mit der verfassungsrechtlichen Literatur von einem exklusiven Gegensatz von herrschaftsbegründenden („revolutionären“) und herrschaftsbegrenzenden („evolutionären“) Verfassungen aus (besonders im 6. Kapitel), um ihn in den späteren Arbeiten dann in ein evolutionäres Kontinuum von Unterschieden und unterschiedlichen Entwicklungsphasen aufzulösen. Diese Revision hat mir geholfen, eine neue These zum Verhältnis von Revolution und Evolution in der Geschichte von Recht und Verfassung auszuprobieren (1. und 3. Kapitel) und am Beispiel der Weltrechtsrevolution des 20. Jahrhunderts (9.–11. Kapitel) und Verfassungsevolution der Europäischen Union zu überprüfen (17. Kapitel).

Zu einer weiteren, wichtigen Akzentverschiebung kommt es zwischen dem 9. und 11. Kapitel. Während ich zunächst, in verengter, völkerrechtszentrierter Perspektive, von der These einer unvollendeten, revolutionären Transformation des Weltrechts in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgehe, verschiebt sich der Akzent später auf das Zeitalter der Weltkriege und Weltrevolutionen der ersten Jahrhunderthälfte. Das ändert aber kaum etwas an der Diagnose einer *unvollendeten* Weltrechtsrevolution.

Während ich, drittens, in den früheren Texten (wie dem 4. oder 6. Kapitel) für das 20. Jahrhundert eher den (gelingenden oder scheiternden) Anschluss an die Ideen von 1789 betone, verschiebt sich auch hier der Akzent auf die Differenzen, die einem *erneuten* revolutionären Umbruch der gesamten Weltgesellschaft und ihrer Staatenwelt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschuldet sind (1., 9., 10., 11., 17. Kapitel).

Schließlich habe ich zunächst die im Stillen gewachsene Macht des Europäischen Parlaments unterschätzt (7., 12. und 13. Kapitel). Erst die Lektüre eines wichtigen Aufsatzes von Philipp Dann hat mir klar gemacht, dass die Stellung des EU-Parlaments im Institutionengefüge der EU schon vor Einführung des formellen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens durch den Lissabon-

Vertrag weit stärker war als die des Berliner oder Londoner Parlaments im jeweiligen Nationalstaat (vgl. 14. und 17. Kapitel).<sup>11</sup>

\*

Ich danke Nikolaus Gramm, Maryna Shchaveleva und Sebastian Zimmer für die Erstellung der Register, die Organisation des Fußnotenchaos und die Formatierung und Herstellung der Druckvorlage, auch für die Beschaffung von Literatur. Andrew Arato, Jean Cohen, Seyla Benhabib, René Gabriëls, Gerd Grözinger, Jürgen Habermas, Helge Høibraaten, Pablo Holmes, Gertrud Koch, Regina Kreide, Peter Niesen, Thore Prien, Bill Scheuerman, Thorsten Thiel und dem Hannoveraner Doktorandenkolloquium von Rainer Schmalz-Bruns danke ich für inhaltliche Kommentare und die Diskussion einzelner Texte. Und insbesondere danke ich der Ernst Cassirer Stiftung Hamburg für ihre großzügige Unterstützung.

11 Dann, *Looking through the federal lens*.